

- > Visa
- > Paßentzug | Paßversagung
- > Heiraten | Lebenshilfe
- > Heiraten im Ausland
- > Rechtsberatungen
- > Übersetzungen
- > and more ...

Büro Gattermann
วิชา | หนังสือเดินทาง | สิทธิ



Uwe Gattermann & Usa Gattermann, 320/4 Mo 10, A. Seka, Buengkhan 38150 – THAILAND -
☎ 0066 – 930817923 📠 0861 – 9005999 88 Mail: GaGa.2500@gmx.de

TELEFAX

Fax-Nr.: 030 - 36700720

Firma

Deutscher Presserat
Fritschestraße 27/28

► **Beschwerde / Die Welt**
TH – Seka, den 13.03.2016

FRoG – 10585 Berlin

Mein Zeichen (เข้าสู่ระบบของฉัน):

จตุพร จิระสถิตย์

Jatuporn Jesalatet

Ihr Zeichen (ตัวละครของเธอ):

Welt-Artikel Richard Herzinger v. 05.03.2016

Sehr geehrter Herr Tillmanns, sehr geehrter Herr Portack!

Nicht erst seit Gründung von Pegida und Alternative für Deutschland (AfD), damit aber verschärft, sind diverse, Ihrer Aufsicht unterstehende Presseerzeugnisse, zwischenzeitlich auch als „Lügenpresse“ bekannt, zu tendenziöser „Berichterstattung“ übergegangen, die mehr an die Hetzkampagnen des „Stürmer“ und „Neuen Deutschland“ erinnern, als an die Vierte Gewalt im Staate.

Die vorliegende Beschwerde richtet sich sowohl gegen große Teile der „Berichterstattung“ der „Welt“, wie die des dort beschäftigten Richard Herzinger. Zugegeben, auch solche Blätter haben redaktionelle lichte Momente, wie man z. B. am guten Beispiel eines Henryk M. Broder, zuvor beim „Spiegel“, sehen kann, aber der „Stürmer“ dominiert.

Entsprechend Richtlinie 1.2 des Pressekodex gehört „zur wahrhaften Unterrichtung der Öffentlichkeit“ in der „Wahlkampfberichterstattung“, und um eine solche handelt es sich im hier angegriffenen Text, „daß die Presse in der Wahlkampfberichterstattung auch über Auffassungen berichtet, die sie selbst nicht teilt“ – und zwar, siehe Ziffer 1, unter Achtung der Wahrheit,

Wahrung der Menschenwürde und der wahrhaftigen Unterrichtung der Öffentlichkeit! Ziffer 2 des Pressekodex normiert ihre Sorgfaltspflichten („unverzichtbares Instrument journalistischer Sorgfalt“), Ziffer 4 regelt die Richtigstellung.

Das in **Anlage** überlassene, Herrn Herzinger bereits zugegangene Beschwerdeschreiben gestrigen Datums wird vollinhaltlich Bezug genommen.

Was mir schon wegen der penetranten, nun schon Jahrzehnte währenden offensichtlich gezielten Desinformation besonders übel aufstößt, ist die Darstellung von uns Konservativen als Nazis! Konservative sind unbestreitbar Rechte, damit aber das genaue Gegenteil von linken Nationalsozialisten. Wenn wir denn zwingend Nazis entdecken wollen, blicken wir lieber in die geschlossen linken Alt- und Blockparteien, dort sind sie schnell auszumachen!

Im Übrigen erlaube ich mir einen letzten, wichtigen Hinweis: Nicht der Wähler hat die Schandtaten der nationalen Sozialisten ermöglicht, sondern die üblichen (auch heute noch) Verdächtigen: Die Notstandsgesetze sind in der Berliner Plauderbude von fast allen darin vertretenen Parteien, auch dem Centrum eines Theodor Heuß,¹ der gegen das (ihn ali-mentierende) Volk später als „bissige Hunde“ („Cave canem“) hetzte, abgenickt worden (wie heute die „Rettungspakete“). Die Nürnberger Rassegesetze wurden von der Partei beschlossen und vom beamteten (und ebenfalls ali-mentierten) Pöbel exekutiert. Aus diesem Grunde wollten die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht das deutsche Volk abschaffen, sondern das Beamtentum!

Bitte informieren Sie mich über die durch Sie veranlaßten Maßnahmen.

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Gattermann

¹ „Und hatte Heuss nicht selbst für das Ermächtigungsgesetz gestimmt?“. **Demokratiemängel 1949 bis 2009**, NJW 40/2009, 2934, Prof. Hans-Herbert v. Arnim.

> Visa
> Paßentzug | Paßversagung
> Heiraten | Lebenshilfe
> Heiraten im Ausland
> Rechtsberatungen
> Übersetzungen
> and more ...

Büro Gattermann
วิชา | หนังสือเดินทาง | สิทธิ



**Uwe Gattermann & Usa Gattermann, 320/4 Mo 10, A. Seka, Buengkhan 38150 – THAILAND -
☎ 0066 – 930817923 📠 0861 – 9005999 88 Mail: GaGa.2500@gmx.de**

TELEFAX

Fax-Nr.: 030 - 259171606

Herrn

Richard Herzinger

c/o Welt GmbH

Axel-Springer-Straße 65

► „Wir sind das Volk“
TH – Seka, den 12.03.2016

FRoG – 10969 Berlin

Mein Zeichen (เข้าสู่ระบบของฉัน):

Ihr Zeichen (ตัวเลขของเธอ):

„Warum wir gegen grölende Wutbürger kämpfen müssen“

Sehr geehrter Zivilcouragierter!

Wer sich Ihren bezeichneten Erguß in der „Welt“ 05.03.2016 vom Anfang bis zum bitteren Ende angetan hat, kann sich im Grunde nur fragen, ob der Verfasser ideologisch so verblödet ist, den abgesonderten Stuß selbst zu glauben oder schlicht ein demagogischer Bionade-Bourgeois, der Dritten solchen Schrott aufischt und ernsthaft meint, die Leser der „Welt“ wären geistig so minderbemittelt, das für bare Münze zu nehmen!? Der Umstand, daß die Kommentarfunktion (im Sinne ihres „Qualitätsanspruches“) abgeschaltet ist, läßt erwarteten Widerspruch erahnen.

Thema sind, wie insbesondere in den vergangenen Wochen vor den sich abzeichnenden Wahl-niederlagen der Alt- und Blockparteien, „AfD, Pegida & Co.“, bei denen sich angeblich eine „beängstigende Sprache breitmacht“. Was konkret sprachlich beängstigend sein soll, wahren Sie wie ein Staatsgeheimnis (der „gärrige Haufen“?).

Was nicht nur sprachlich, sondern sehr oft physisch beänstigend und besorgniserregend sein sollte, sind die Folgen der Invasion, worauf sowohl AfD wie auch Pegida mit allem Recht des Staatsbürgers hinweisen, die Sie und Ihresgleichen bestenfalls beschönigen (die lang bemühten „Einzelfälle“ sind ja nicht mehr en Vogue), schlimmstenfalls weglügen:

„Nachdem ein Flüchtling Blätter aus dem Koran riß, eskalierte die Situation. Polizisten wurden attackiert, rannten weg. Ein Angeklagter wirbt um Verständnis – mit dem afghanischen Justizsystem.

„Sie waren aggressiv, wütend, haßerfüllt. So habe ich die Stimmung wahrgenommen. Die Hemmschwelle war gesunken“, sagt die junge Polizistin. Sie gehörte zu den ersten Beamten, die am späten Abend des 19. August 2015 in die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in der Thüringer Stadt Suhl gerufen wurde. (...) Es geht bei dem am Donnerstag begonnenen Prozeß um versuchten Totschlag, Körperverletzung und schweren Landfriedensbruch.

Die Polizistin berichtet, daß sie zunächst in dem Gebäude war, in dem der Koran-Zerreißer Zuflucht suchte und vor den anderen geschützt werden mußte. Durch ein Loch in der Tür seien Gegenstände geworfen worden. Scheiben zerbarsten. Einige hätten Eisenstangen von Bettgestellen getragen, andere Holzlatten. „Es war Lärm, es war Gebrüll.“ Dann mußte ihre Gruppe den Bereich verlassen.

Ein Kollege habe gerufen: „Rennt, sie kommen.“ In der Dunkelheit hätten dann etwa 100 Menschen die junge Polizistin und einige ihrer Kollegen verfolgt. Obwohl die Aufschrift „Polizei“ deutlich sichtbar auf ihrem Rücken gestanden habe, seien Steine geworfen worden und Glasgefäße haarscharf an ihnen vorbei geflogen.

Sie hätten kurz überlegt, die Dienstwaffe zu ziehen, sagt die Polizistin. Doch es war dunkel, und viele Menschen waren auf den Grünflächen vor den Gebäuden. Richterin Pallasch lobte die Beamten, daß sie in dieser schwierigen Situation die Nerven behalten hätten. „Das darf man an so einer Stelle auch mal sagen.“

...

*Einer von ihnen wirbt um Verständnis. Er kenne das deutsche Rechtssystem nicht. In Afghanistan drohe Menschen, die den Koran schändeten, Gefängnis. Dort säße er nicht auf der Anklage-, sondern der Zeugenbank, sagte er“ **(Polizistin schildert, wie Beamte aus Angst wegliefen, Welt v. 11.03.2016, Simone Rothe).***

„Gerade in stürmischen Zeiten wächst die Versuchung, es den Grenzüberschreitern gleichzutun. Bürgerliche Formen zu wahren ist keine Petitesse... Es bedeutet, eine starke Bastion der demokratischen Zivilisation gegen ihre Feinde zu verteidigen.“ So Sie, angesichts dessen, daß sich Pegida und die AfD gegen die mohammedanische Invasion mit allen ihren Folgen (die den Zuständen in ihren Herkunftsländern gleichen, vor denen sie angeblich „geflüchtet“ sind) in *ihrem Land, ali-mentiert mit ihren Steuern*, wenden. Erinnert sei mit Bezug auf Ihren Hinweis, „bürgerliche Formen“ und „Zivilisation“ zu wahren, insbesondere auf die Vorkommnisse in Köln, Hamburg und die Tatsache, daß aus deutschen „Flüchtlingsheimen“ z. B. Christen evakuiert werden (nicht „werden mußten“, sondern immer noch, wenn sie nicht gleich separiert werden), „Flüchtlinge“ und andere „Bereicherer“ auf deutschen Straßen wieder wie ihre Idole, die Nationalsozialisten, „Juden ins Gas“ blöken und dazu noch Mikrophone der Polizei benutzen dürfen. Gehört zu diesen „bürgerlichen Formen“ auch die gezielte Desinformation durch Ihre Kollegin Rothe, die ständig von „Menschen“ (deutsche gar?) schwadroniert, statt treffender von ausländischen Verbrechern?

Größeres Gewicht als „bürgerliche Formen“ haben in einem „Rechtsstaat“ noch immer die jeweils gültigen Rechtsnormen, erinnert sei z. B. an die Präambel des Pressekodex, Ziffer 1, wo-

nach die „Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit ... oberste Gebote der Presse“ sind. Das gilt auch für solche Personen, die eine andere Meinung als die Lügenpresse haben, nicht zuletzt deswegen, weil jede in der Presse tätige Person „auf dieser Grundlage das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Medien“ zu wahren hat.

Entsprechend Richtlinie 1.2 des Pressekodex gehört „zur wahrhaften Unterrichtung der Öffentlichkeit“ in der „Wahlkampfberichterstattung“, und um eine solche handelt es sich im angegriffenen Text, „daß die Presse in der Wahlkampfberichterstattung auch über Auffassungen berichtet, die sie selbst nicht teilt“ – und zwar, siehe Ziffer 1, unter Achtung der Wahrheit, Wahrung der Menschenwürde und der wahrhaftigen Unterrichtung der Öffentlichkeit! Ziffer 2 des Pressekodex normiert Ihre Sorgfaltspflichten („unverzichtbares Instrument journalistischer Sorgfalt“), Ziffer 4 regelt die Richtigstellung.

Vor die Wahl gestellt, die beschriebenen mittelalterlichen Zustände aus den Ländern der „Facharbeiter“ und „Wissenschaftler“ (mit auffallend wenig Arbeit, schon gar keiner „Facharbeit“ und „Wissenschaft“, noch weniger Geld, dafür reichlich Bevölkerungsüberschüssen) oder einem „gärrigen Haufen“ gestellt – die Wahl fiele mir nicht schwer!

Daß Deutschland „stürmische Zeiten“ erlebt, wer könnte das bestreiten? Nur den Begriff der „Grenzüberschreiter“ verfälschen Sie (wie unten weiter vorgetragen, hat es bei Ihresgleichen System, Begriffe zu verfälschen und auf die Beschränktheit der Leser zu setzen). Wer ist denn tatsächlich der „Grenzüberschreiter“? Der, der zurecht auf Zustände wie die oben beschriebenen hinweist und mit jedem staatsbürgerlichen Recht (das Ihresgleichen jedem Deutschen abstreitet) ein laut vernehmliches „Nein“ sagt, oder überschreitet nicht viel mehr derjenige Grenzen, der die rechtswidrigen Zustände beschönigt oder – typisch Sozialist – relativiert (nicht genug „Willkommenskultur“), gar weglügt?!

Die „Grenzüberschreiter“ liest man tagtäglich in der Lügenpresse, hört man aus dem „Volksempfänger“, sieht man bei den Sudel-Edes im ali-mentierten Staatsfernsehen – und sieht sich einmal mehr bestätigt, daß Linke weder bürgerliche Formen noch demokratische Zivilisation haben („bürgerliche Formen“ sind den Bionade-Bourgeois ohnehin fremd).

Drei Tage vor den Wahlen am 13. März ziehen die sog. Öffentlich-Rechtlichen alle Register, um den prognostizierten Wahlerfolg einer nicht verbotenen, demokratischen, nicht einmal vom Verfassungsschutz beobachteten Partei, der AfD, in Sachsen-Anhalt (das schon mal eine „Probewahl für Migranten“ veranstaltet, wie man dem „*Berlin Journal*“ v. 07.03.2016 entnehmen muß), Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz tunlichst noch einzudammen. Am 10.03.2016 fährt die ZDF-Talkshow des ehemaligen Mitglieds der Mauermörder-Partei (als echter Wendehals 1989 wieder ausgetreten), Maybrit Illner, zum Thema „Streitpunkt Flüchtlinge – Drei Wahlen, ein Thema“ nicht wie üblich drei, nicht fünf, nicht sieben Studiogäste auf, um gegen die AfD-Chefin Frauke Petry zu agitieren, nein es bedarf derer 12 (in Worten: Zwölf)! Als linke Bildungsversager schnallen sie es nicht einmal, mit all dem Aufwand das genaue Gegenteil ihrer Agitation zu erreichen, denn tatsächlich sind das pure Werbeveranstaltungen für die AfD (andererseits läßt es tief blicken, für wie dämlich man das Publikum hält!).

Verkleidet als gebildeter Weltbürger holen Sie ganz weit aus, von den wahlkämpfenden USA zurück in das Deutschland Georg Büchners Anfang des 19. Jahrhunderts, ohne zu merken wie ideologisch verblödet oder demagogisch und andere für minderbemittelt haltend Sie tatsächlich vorgehen (von Argumentation kann schon deshalb keine Rede sein, weil Sie die nicht einmal ansatzweise versuchen).

Ihr Zeuge ist, wie sollte es auch anders sein, David Brooks, ein amerikanischer Kollege, der in der herzigen Welt des Richard Herzinger ein „sonderbares Gefühl“ wegen des Ausscheidens von Barack Obama aus dem Präsidentenamt kundtut, dem er trotz „alles, was gegen seine Politik einzuwenden sei, doch ‚ein Ethos der Integrität, der Menschlichkeit, der guten Manieren und der Eleganz‘“ zugesteht: Ethos ist danach wichtiger als erfolgreiche Arbeit, wobei sich mir offengestanden nicht so recht erschließen mag, wie Obamas Ethos beispielsweise mit seinem kurz nach seiner Wahl erfolgten Kniefall bei den Saudis zu vereinbaren sein soll. Schon unter „Integrität“ und „Eleganz“ verstehe ich etwas anderes. „Standards von gutem Benehmen“ sind jedenfalls auch nach Ihrem Vorbringen kein Garant für gute Arbeit; ich selbst ziehe Letztere vor, damit gepaartes wahres „Ethos“ übrigens noch mehr!

Natürlich verkürzen Sie den Begriff „Ethos“ – weil Sie es nicht besser wissen oder Demagogie im Spiel ist? „Ethos“ (griechisch: ἔθος: „Gewohnheit, Sitte, Brauch“; ἦθος, „Charakter, Sinnesart, Brauch, Sitte, Gewohnheit“) bezeichnet in der Bildungssprache die sittliche Gesinnung einer Person, Gemeinschaft oder speziellen sozialen Gruppe (Berufsgruppe, Schule usw., aber auch Nationen). Der Duden definiert das Ethos als eine „vom Bewußtsein sittlicher Werte geprägte Gesinnung“ oder, treffender, „Gesamthaltung“; als „ethisches Bewußtsein“ oder auch als Ethik im Sinne der Gesamtheit sittlicher Normen und Maximen als Grundlage einer verantwortungsbewußten Einstellung. Damit steht das Ethos im Synonymfeld von „Moral, Pflichtbewußtsein, Pflichtgefühl, Pflichttreue, Sittlichkeit, Verantwortungsbewußtsein, Verantwortungsgefühl“.

Als linker Relativierer finden Sie bürgerliche Tugenden so lange gut, wie sie dem Linken Obama angedichtet werden, ansonsten, insbesondere im Umgang mit Landsleuten, sind bürgerliche Konventionen nur dazu gut, sie der „Bourgeoisie“ als Spiegel ihrer tatsächlichen Moral, ihren Ansprüchen entgegenzuhalten. Womit wir bei den „Wutbürgern“ wären, „dieser Mutation“ aus bürgerlichen Konventionen und „repressiven“² Beschränkungen, „deren bevorzugte Parole lautet: ‚Wir sind das Volk‘“ (die sich jetzt nicht mehr nur „in Gesellschaft begeben“, sondern mit ihr „vermischen“).

Sie verkaufen den Leser durchgängig für dämlich! Ohne als „Wessi“ 1989 selbst dem Kreis der Akteure angehört zu haben, wollen Sie uns deren Gedankengänge und Gemütslage nach mehr als einem Viertel Jahrhundert wider die Tat- und Rechtslage erklären?!

Dieser Ruf, „Wir sind das Volk“, sei im Widerstand gegen den SED-Staat eine demokratische Losung gewesen, „eine von jeder Entscheidung über ihr Schicksal ausgeschlossene Bevölkerung ließ ihre Machthaber wissen, daß sie die Entmündigung und Rechtlosigkeit nicht länger hinnehmen werde“. Das „Wir“, das sich als „Volk“ deklarierte, beanspruchte dabei, beleeren Sie uns weiter *contra legem*, „keine kollektive Homogenität“.

Die „Bevölkerung“ der DDR war kollektiv homogen, weitestgehend mit dem „Volk“ identisch, denn die paar „Fremdarbeiter“ aus „sozialistischen Bruderländern“ und andere Gäste fielen quantitativ weder ins Gewicht noch wurden sie vom „Volk“ der „Bevölkerung“ zugerechnet! Da schließen Sie als tatsachenresistenter Sozialist wieder von sich auf Andere, die, wie in der Bundesrepublik in vollem Gange, nicht nur den längst gescheiterten Sozialismus reanimieren wollen, sondern auch den sowohl in Jugoslawien wie der Sowjetunion längst krachend ge-

² Wobei festzuhalten bleibt, daß „Repression“ eher ein linkes denn rechtes Instrument ist, erinnert sei an Marcuses „Repressive Toleranz“! Denn die „Idee der Toleranz“ erscheint Linken bekanntlich „heute wieder als dasjenige, was sie an ihren Ursprüngen war, zu Beginn der Neuzeit – als ein parteiliches Ziel, ein subversiver, befreiender Begriff und als ebensolche Praxis. Umgekehrt dient, was heute als Toleranz verkündet und praktiziert wird, in vielen seiner wirksamsten Manifestationen den Interessen der Unterdrückung“.

scheiterten Vielvölkerstaat. Schon der Kaiser ließ auf den Reichstag schreiben, wem der zu dienen habe: „Dem deutschen Volke“! Ewig gestrige Sozialisten machten daraus bekanntlich im Hof ohne demokratisches Mandat die „Bevölkerung“. Ist schlichte Beschränktheit oder ausgewachsene Perfidität Hintergrund für diesen leicht durchschaubaren „Dreher“? Im Wort „Bevölkerung“ steckt nicht das Wort „Volk“, aber „Völker“! Der Gauckler aus Berlin würde in seinen Predigten davon schwadronieren, daß über den Erdball verstreut viele verschiedene Völker in ihren Ländern leben und die Weltbevölkerung meinen. Nichts anderes meint auch der Begriff „Bevölkerung“ – daß sich nämlich auch in der Bundesrepublik (nicht dagegen weiland in der DDR!) diverse Angehörige fremder Staaten, fremder Völker, aufhalten und das Land zusammen mit dem (Staats-)Volk „bevölkern“!

Daß das sich als „Volk“ deklarierende „Wir“ von seiner „kollektiver Homogenität“ ausging, folgte schon daraus, daß sich die DDR nicht als Einwanderungsland verstand und, wie der DDR-Verfassung zu entnehmen war, diese den „Staat deutscher Nation“ deklarierte, mit den deutschen Farben der Flagge, deren Macht ausschließlich dem „Wohle des (deutschen) Volkes“ zu dienen hatte:

„Art. 1 I. 1 DDR-Verfassung: „Die Deutsche demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation.“

Art. 1 III. 1 DDR-Verfassung: „Die Staatsflagge der Deutschen demokratischen Republik besteht aus den Farben Schwarz-Rot-Gold...“

Art. 3 I. DDR-Verfassung: „Das Bündnis aller Kräfte des Volkes findet...“

Art. 4 I. 2 DDR-Verfassung: „Alle Macht dient dem Wohle des Volkes.“

Gleiches gilt nach wie vor für die nun wiedervereinigte Bundesrepublik, ausweislich deren Präambel sowohl der Grundgesetzgeber wie spätere Gesetzgeber zuvörderst eine Verantwortung gegenüber dem „landsmannschaftlich“ verbundenen (Art. 29 I. 2 GG), „deutschen Volk“ haben, Art. 56 GG, argumentum auch aus Art. 20 IV. GG, schließlich Art. 146 GG!

So auch die „Wutbürger“: „Das Volk ist das Subjekt der Demokratie“, erinnerte der Freiburger Staatsrechtler Dietrich Murswiek jüngst sowohl Alt- und Blockparteien, wie die Lügenpresse! Das „Subjekt“ definiert der Duden als ein „mit Bewußtsein ausgestattetes, denkendes, erkennendes, handelndes Wesen.“ Für die Genannten ist das belanglos. Sie interessiert das Volk nicht sie haben „beschlossen, Deutschland zu fluten“, wie es der Philosoph Rüdiger Safranski, offensichtlich auch ein „Wutbürger“, treffend formulierte. Und wenn das „Volk“ aufsteht, bildet es, wie uns schon am 25.10.2014 „Die Welt“ in Person des Christoph Cöln beleerte, bizarre Allianzen Radikaler: Der Satz „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“, sei „systemfeindlich“ (**„Bizarre Allianz radikaler Fußballfans gegen Salafisten“**).

Daher ist und bleibt dieser Ruf im damaligen wie im heutigen Widerstand gegen den SED-Staat (bzw. Neo-SED-Staat) „demokratische Losung“ wie Tatsachenfeststellung; denn das „Volk“, der „Souverän“, ist und bleibt schon von Rechtswegen „Inhaber demokratischer politischer Rechte“, auch wenn Linke noch so laut dagegen anstänkern:

„Es trifft nicht zu, daß wegen der erheblichen Zunahme des Anteils an Ausländern an der Gesamtbevölkerung des Bundesgebietes der verfassungsrechtliche Begriff des Volkes einen Bedeutungswandel erfahren habe. Hinter diesem Gedanken steht ersichtlich die Vorstellung, es entspräche der demokratischen Idee, insbesondere dem in ihr enthaltenen Freiheitsgedanken, eine Kongruenz zwischen den Inhabern demokratischer politischer

Rechte und den dauerhaft einer bestimmten staatlichen Herrschaft Unterworfenen herzustellen“ (BVerfG 83, 37 ff. [52]).

Treffend stellte das BVerfG fest, daß die Staatsangehörigkeit mit dem Wahlrecht verknüpft sei und damit ein *grundsätzlich unauflösbares Band zwischen Bürger und Staat begründe*, somit die Rechtfertigung dafür, das Wahlrecht (und damit auch die weitere politische Willensbildung) ausschließlich Staatsbürgern vorbehalten sei. Ausländer als Teil der Bevölkerung, die nicht das „grundsätzlich unauflösliche Band“ zwischen Staatsbürgern und Staat, der politischen „Schicksalsgemeinschaft“ verbinde, haben, im Gegensatz zu Staatsangehörigen, jederzeit die Alternative, problemlos in ihr Heimatland zurückzukehren (BVerfG aaO.).

Sowohl jene „Wir sind das Volk“-Rufer wie die „Wutbürger“ einte bzw. eint ihre „kollektive Homogenität“. Denn zum „Ethos“, speziell dem deutschen, gehören, wie wir seit den von Linken gehaßten Preußen und nach zwei Weltkriegen wissen, an vorderster Stelle der Erfolg, der auf preußische „Moral, Pflichtbewußtsein, Pflichtgefühl, Pflichttreue, Sittlichkeit, Verantwortungsbewußtsein und Verantwortungsgefühl“ zurückzuführen ist, wofür es viele Beweise gibt!

Ein französisches Sprichwort sagte schon zu Kaisers Zeiten so bezeichnend, „*Être Prussien est un honneur, mais pas plaisir*“ („Preuße zu sein ist eine Ehre, aber kein Vergnügen“).

Im Zusammenhang mit der „Euro-Krise“ lernte, wer lernen wollte, daß diese deutsche Disziplin z. B. nicht in die fragmentierte Ökonomie des Mittelmeers paßt, denn sie ist ein Hort von uns Deutschen unbekanntem Saloppheiten. Welcher „Südländer“ wollte EU-„Freiheiten“ – wie Subventionsbetrügereien zuvörderst zu Lasten Deutschlands gerade durch Griechenland, Spanien, Italien und mehr „kulturelle“ Eigenheiten, die im Zuge der Euro-Krise und davor ans Tageslicht kamen – schon gegen unvergnügliche preußische Disziplin eintauschen? Selbstverständlich niemand! Diese deutsche Tugenden sind die wahre Macht Deutschlands, die es zu zerstören galt und noch heute gilt, sie sind der wahre Grund für zwei Weltkriege:

„Sie müssen sich darüber klar sein, daß dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt.“³

Die „Wutbürger“ richten sich ganz legitim gegen das Sozialexperiment, das Linke, nennen wir sie treffend Inter-Nationalsozialisten, in ganz Deutschland gegen den erklärten Willen großer Teile des „Subjekts der Demokratie“, also undemokratisch wie ihre Brüder im Geiste, NSDAP und SED, in Angriff genommen haben. Sie wollen tatsächlich kein „Volk“, sondern eine „Bevölkerung“, „eine neue gesellschaftliche Konzeption, nämlich die einer multikulturellen Gesellschaft“, in die sich kein Ausländer integriert, aber alle partizipieren. So sah z. B. der 1993 der „Gemeinsamen Verfassungskommission“ vorgelegte Minderheitenschutzartikel der SPD vor, der Begriff der nationalen Minderheit „solle bewußt offengehalten werden, um jeder zugewanderten oder sich neu formierenden Minderheitengruppe Anerkennung sowie Schutz und Förderung als nationale Minderheit zu eröffnen. Statt eines Modells der Integration von Zuwanderern in Staat und Gesellschaft unseres Landes würde damit das Modell eines Nebeneinanders weitestgehend eigenständiger Kulturen gefördert...“ („**Schutz ethnischer Minderheiten**“, in: „Bericht der Gemeinsamen Verfassungskommission“ v. 05.11.1993, Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode, Drucksache 12/6000, S. 74).

³ Mitteilung an einen Beauftragten des deutschen „Widerstands“ während des Krieges (vgl. Peter Kleist, „Auch du warst dabei“, Heidelberg, 1952, S. 370; Emrys Hughes, „Winston Churchill – His Career in War and Peace“, S. 145).

„Auch bei uns“ diagnostizieren Sie eine „Verrohung der Sitten und Umgangsformen im alltäglichen wie im politischen Leben“: „Das schlägt sich nicht nur in Fluten von Haßausbrüchen und Pöbeleien in Onlinekommentarspalten und sozialen Medien nieder. (...) Tatsächlich bringen die neuen Kommunikationstechnologien die Erosion grundlegender Gebote des Anstands nur offen zum Vorschein. Schockierende Bilder wie die aus Clausnitz, wo eine tobende Menge wehrlose Menschen in Angst und Schrecken versetzte, machte deutlich: Wo Bürger das Gefühl für und die Achtung vor zivilisatorischen Grenzen verlieren, ist auch dem politischen Extremismus Tür und Tor geöffnet. Wenn – wie sie selbst gerne genannt werden – „besorgte Bürger“ nichts mehr dabei finden, sich zu Aktionen mit rechtsradikalen Einpeitschern zu vermischen, ist ein essenzieller Schutzmechanismus freier Gesellschaften außer Kraft gesetzt.“

Die „Verrohung der Sitten und Umgangsformen im alltäglichen wie im politischen Leben“ sehe ich nicht im Kreis der „Wutbürger“, sondern bei ihren Gegner, den Alt- und Blockparteien, deren sich heute „Antifa“ nennende SA und der „Lügenpresse“. Wer, wie etwa die „Lügenpresse“, blindlinks und hemmungslos auf die in AfD und Pegida erkannten „Abweichler“ eindrischt (in Ihrem Jargon „bekämpfen muß“), sollte sich nicht wundern, wenn nicht in gleicher, aber ähnlicher Währung zurückgezahlt wird. Daß Büros der Alt- und Blockparteien oder Redaktionen der „Lügenpresse“ abgebrannt worden seien, war noch nie zu vernehmen. Von abgefackelten und zerstörten AfD-Büros hingegen des Öfteren. Daß die ali-mentierten Staatssender Agitatoren zu Pegida-Veranstaltungen schickten, damit diese gestreute Vorurteile bestätigen, ist sattsam bekannt. Daß die nun in „Antifa“ umfirmierte SA bei Veranstaltungen von AfD und Pegida für „Stimmung“ und Blutvergießen sorgen, ist, wenn auch nicht durch die „Lügenpresse“, so doch durch die neuen Kommunikationstechnologien, ebenfalls bekannt. Das gilt noch viel mehr für die Bilder von Köln, Hamburg und anderen deutschen Städten aus der Silvesternacht. Sie kamen nur deswegen in der „Lügenpresse“ vor, weil sie dank neuer Technologien nicht mehr zu vertuschen waren!

Ihrem Ruf als „Lügenpresse“ machen Sie alle Ehre mit dem Märchen von Clausnitz, wo, auch daran sei noch einmal erinnert, „das Subjekt der Demokratie“ aus allen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen vor die „Alternativlosigkeit“ gestellt, sagt: Wir wollen keine importierte Kriminalität in unserem Viertel, wir wollen auch keine Vorkommnisse wie zu Silvester in Köln und Hamburg, wir wollen in unserer Badeanstalt keine „Flüchtlinge“ die – und hier spreche ich Klartext – wichsend am Beckenrand stehen und kleine Kinder oder „deutsche Schlampen“ anstieren. Es war nicht nur das demokratische Recht der „Wutbürger“, gegen die wider ihren erklärten Willen aufoktroierten Zustände aufzubegehren, es war vielmehr ihre Pflicht als grundgesetztreue Bürger und Eltern ihrer Kinder und Kindeskinde. Daß die Menge zu „toben“ begann, nachdem ein Invasor jüngeren Alters zeigte, ihnen am liebsten – wie in seinem „Kulturkreis“ üblich – die Kehle aufzuschlitzen, eine Invasorin die Protestierenden anrotzen wollte (als nichtgeladener, zu ali-mentierender Gast!), daran sei am Rande erinnert! Sicher können Sie sich ohne viel Phantasie ausmalen, wie die Invasoren in ihren Ländern reagiert hätten, wären die „Wutbürger“ dort mit ähnlichen Ansprüchen und Auftreten angekartt worden.

Die „Verrohung der Sitten und Umgangsformen“ erkenne ich vorwiegend auf der gegnerischen Seite: Wenn ein auf Kosten der Wertschöpfer übergewichtig gefressener Wertschröpfer namens Siggi Pop die ihn Ali-mentierenden als Pack bezeichnet, ein nicht minder ali-mentierter, wertschröpfender, nicht einmal gewählter (weil wegen Vorteilsnahme zunächst auf's Abstellgleis geschobener) Türke Andersdenkende als „Mischpoke“ bezeichnet, eine Türkin sich ernsthaft vor die deutsche Öffentlichkeit stellt und dem wider Willen gastgebenden „Subjekt der Demokratie“ erklärt, es müsse künftig täglich die Lebensbedingungen mit den ungeladenen, „fordernden“ Invasoren neu aushandeln, dann ist einiges faul im Staate! Insbesondere dann, wenn Talk Show genannte, zwangs-ali-mentierte Quasselrunden mit kontroversen Diskussio-

nen aus den 1960er Jahren, als Linke und Rechte noch mit Argumenten aufeinander losgingen, überhaupt nichts mehr gemein haben, mit Schauprozessen vor dem Volksgerichtshof umso mehr!

Das aktuelle Beispiel stellte Michael Hanefeld („**Nur einer klatscht für Heiko Maas**“, FAZ v. 07.03.2016) nur zwei Tage nach Ihrem Pamphlet vor:

„Anne will entlarvt bei der Flüchtlingsdebatte eine peinliche Aktion des Pressesprechers von Heiko Maas. Der Justizminister wirkt neben dem österreichischen Außenminister wie ein Schuljunge. Junge, ist das peinlich. Megasuperpeinlich: Dieses laute, kräftige Einzelklatschen, sobald Justizminister Heiko Maas einen Satz zu Ende formuliert hat. Das ist von einer Penetranz, die sogar Anne Will stört. Und so decouvriert sie den Claquer und begrüßt den Pressesprecher des Ministers einzeln. Der Klatscher verstummt daraufhin und Heiko Maas bekommt von da an – keinen Ablauss mehr.“

Michael Hanefeld stellte noch fest, daß diese „Talkstunde“ rein deutsch, also ohne den österreichischen „Abweichler“ (bekanntlich zog anfänglich einzig Österreich mit der „Schleuser-Queen“ an einem Strick) „mit dem üblichen Schall und Rauch vorübergegangen“ wäre. Sieht so „Ethos“ aus?!

Roland Freisler, dem Präsidenten des Volksgerichtshofs, machten zwei grüne Quotenweiber alle Ehre (man mache sich den Spaß und vergleiche z. B. das Umweltschutzprogramm der NSDAP mit dem der Grünen): Katrin Göhring-Eckardt (deren Name unweigerlich an den äusserlich Sigggi Pop ähnelnden Obermorphinisten der NSDAP erinnert) und Katja Kipping, die, auch noch grün hinter den Ohren direkt von der Uni in die „Politik“ wechselte. An „Schall und Rauch“ kam man dank dem „Abweichler“ trotz freislerschem Störfeuer nicht vorüber:

„Doch das ist zum Glück nicht so, auch wenn sich Katrin Göhring-Eckardt und Katja Kipping bemühen, den Minister nieder zu brüllen. Kurz sagt, daß man politisches Asyl nicht mit der Einwanderung aus anderen Gründen verwechseln soll. Er sagt, daß im vergangenen Jahr nicht vornehmlich Frauen und Kinder, sondern vor allem junge Männer gekommen sind (das müßte sich inzwischen herumgesprochen haben).“

Wie üblich kommt leider nicht zur Sprache, daß viele „Flüchtlinge“ (von Asylbewerbern“ ist schon lange keine Rede mehr) aus Ländern kommen, in denen der gemeine Deutsche gern Urlaub macht, auch von den vielen „geflüchteten“ Negern vernimmt man seltsamerweise nichts.

In die gleiche agitatorische Kerbe hauen Sie, ungeachtet aller aufgeführten gegen einen „demokratischen“ Staat sprechenden Gründe, indem Sie wider besseres Wissen vom „demokratischen Rechtsstaat“ schwadronieren und behaupten, in diesem verwandele sich „dieselbe Parole“ („Wir sind das Volk“) in den Ausdruck einer „antidemokratischen, kollektivistischen Geisteshaltung“, gar einer „Okkupation“ der „demokratischen Losung“ das Wort reden.

Wie wenig „demokratisch“ schon die alte Bundesrepublik war, beschrieb u. a. der Verwaltungsrechtler Prof. v. Armin am Beispiel der Entstehung des Grundgesetzes und der Wiedervereinigung:

*„Der Ausschluß des Volkes war total ... Mit der Ausschaltung des Volkes bei der Entstehung des Grundgesetzes waren die Weichen auch für seine spätere Entmündigung gestellt: Weder bei den Verfassungsberatungen im Anschluß an die deutsche Vereinigung noch beim Maastrichtvertrag wurde das Volk einbezogen. Es fehlten daher die großen, diesen weittragenden Einschnitten entsprechenden öffentlichen Debatten“ („**Staat ohne***

Diener. Was schert die Politiker das Wohl des Volkes“, Herbert v. Arnim, Kindler Verlag 1993, S. 38 f.).

Dem Maastrichtvertrag lassen sich heute der Euro, dessen „Rettung“ und aktuell die Invasion zum Zwecke der Umvolkung bezüglich der „Entmündigung“ des „Subjekts der Demokratie“ hinzufügen – in allen Fällen *gegen den erklärten Willen* des „Volkes“ durchgezogen! Es bleibt Ihr Satz der „demokratische Lösung“ eines von jeder Entscheidung über sein Schicksal ausgeschlossenen „Volkes“ bestehen! Damit nicht genug, haben sich jüngst einige namhafte Staatsrechtler klar und unmißverständlich darüber geäußert, wie undemokratisch *und* rechtsstaatswidrig, wie kriminell die Alt- und Blockparteien handeln, insbesondere im Zusammenhang mit der Invasion! Soviel zum „demokratischen Rechtsstaat“.

Weiter behaupten Sie leicht widerlegbar, der „Slogan“ „Wir sind das Volk“ sei durch eine „gleichgerichtete, durch keine demokratische Legitimation dazu ermächtigte Minderheit“ „okkupiert“ worden, die suggeriere, „das Volk“ sei von einem einzigen Willen beseelt, „der über dem Recht und der mühsamen institutionellen Aushandlung von Kompromissen zwischen unterschiedlichsten Interessen und Ansprüchen stehe“.

Eine dreiste Verfälschung der Realität! Genügend Zeitungsleser haben eben ein Gedächtnis, das weit über die vier Jahre zwischen den Wahlbetrügereien der Alt- und Blockparteien hinausgeht! Darum erinnere ich an die Worte des ersten Ausländerbeauftragten der SPD, Kühn, der in der „*Quick*“ vom 15.01.1981, als es in Deutschland „erst“ 4,629 Millionen Ausländer gab und diese noch als solche bezeichnet wurden, eine „Höchstgrenze“ nannte und mit den Worten zitiert wurde:

„Unsere Möglichkeiten, Ausländer aufzunehmen, sind erschöpft. Übersteigt der Ausländeranteil die Zehn-Prozent-Marke, dann wird jedes Volk rebellisch.“

Zwischenzeitlich betrug der Ausländeranteil in Deutschland Ende letzten Jahres mehr als 20 Prozent (2014 in Zahlen: rund 16,4 Millionen Ausländer, + 11,771 Mio. in 25 Jahren), Tendenz auch ohne Invasion, steigend! Und in einer Demokratie ist das Volk niemals „von einem einzigen Willen beseelt“; was Sie beschreiben, ist Sozialismus. In der Demokratie entscheiden immer Mehrheiten! Und die, auch das keine neue Erfahrung, sind eindeutig, wie die *FAZ* am 14.10.2015 mitzuteilen mußte:

„Mehrheit will keine weiteren Flüchtlinge

Klarer Trend in der Flüchtlingskrise: Zwei Drittel der Deutschen glauben nicht mehr an Merkels ‚Wir schaffen das‘-Versprechen. Nur noch jeder fünfte sieht Deutschland in der Lage, weitere Asylsuchende aufzunehmen. In der Wählergunst sacken die Unionsparteien ab.“

Nicht von Ungefähr nannte ich Sie eingangs einen „verkleideten Bildungsbürger“. Wie die vorstehenden Zahlen belegen, befinden sich die „Wutbürger“ nicht in der Minderheit, sondern mit zwei Dritteln in der absoluten Mehrheit! Sie werben, was in einer Demokratie üblich ist, für ihre politischen Ziele, indem sie Gebrauch machen von ihrem grundgesetzlich verbrieften Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit (Art. 5 I., 8 I. GG). Mit derlei schwülstigen, wissenschaftlich verbrämten Phrasen gingen und gehen linke Rattenfänger in Deutschland schon seit Jahrzehnten hausieren, um am Narrensaum Beute zu machen. Anders als der Sozialismus benötigt die Demokratie keinen Meinungseinheitsbrei, sondern eine Mehrheit. Vor allen aber brauche ich in einer Demokratie keine „demokratische Legitimation“, um für meine politischen Ziele zu werben, denn ich mache schlicht Gebrauch von meinen demokratischen Rechten! Im

Übrigen warte ich gespannt auf die Antwort, woraus Sie die „demokratische Legitimation“ für den undemokratischen Schandartikel herleiten!

Von „einem einzigen Willen beseelt“ sollen sozialistische Kollektive sein, zu deren Verfechtern Sie zählen und deswegen in deren Sine final agitieren! Ob nun nationalsozialistisches, real-sozialistisches oder inter-nationalsozialistisches Kollektiv, sie wollten und wollen den Staatsbürger, mal als „Volksgenossen“, mal als „Genossen“, mit Haut und Haaren; für „Abweichler“ (die Sie sich vorgenommen haben) oder Meinungspluralismus ist bei Ideologen kein Raum. Dem realistischen Demokraten geht es dagegen um Mehrheiten!

In den 1960er- und 1970er-Jahren sagte man noch deutlich, wer der politische Gegner, der „Abweichler“ ist: Was der Hochverräter aus der SPD, August Bebel, noch mit „Preußenhaß“ beschrieb, nannte Ihresgleichen „bürgerliche Abweichungen“ (lediglich die Positionierung „rechts“ wird heute bei der unpassenden, weil linken, Nazi-Keule beibehalten). Wie das „*Schwäbische Tagblatt*“ am 04.10.2014 zu berichten wußte, holte sich der bekennende Maoist und Massenmörderfreund Kretschmann mit Michael Kienzle „ein grünes Urgestein als Chef der Redenschreiber“ zurück; in den 70er-Jahren waren Kretschmann und Kienzle Genossen im „Kommunistischen Bund Westdeutschlands“ (KBW). Damals soll Kretschmann, der noch heute öffentlich Maos „Mein Kampf“ preist, nach Auskunft des „*Schwäbischen Tagblatts*“ Kienzle nicht etwa mittels der Nazi-Keule aus dem KBW ausgeschlossen haben, sondern, wie es schon seine Brüder im Geiste, die Nationalsozialisten offen sagten, wegen rechter, also bürgerlicher Ansichten, im Jargon der Sozialisten und Kommunisten wegen „bürgerlicher Abweichungen“!

Was zu Bebels Zeiten der „Preußenhaß“ war, war den Linken (Kommunisten wie Sozialisten) das Rechte, Bürgerliche. Das Ziel der Nationalsozialisten war – wie das aller Linken – den „bürgerlichen Klassenstaat zu zertrümmern“, wie Hitlers bis in den Tod treuester Paladin Goebbels, es geplant hatte (siehe sein „Nazi-Sozi“, 1932, S. 10). Ihnen wäre nicht im Traume eingefallen, sich politisch rechts zu verorten. Goebbels selbst erklärte am 6. Dezember 1931 im „*Angriff*“, daß die NSDAP die „deutsche Linke“ verkörpere und den „bürgerlichen Nationalismus“ verachte. In Goebbels „Tagebuch“ (II. 14) erfährt der geneigte Leser, daß es, wie es ihm Hitler verriet, nach dem Endsieg des Dritten Reichs allen „konservativen“ Kräften, vor allem dem Christentum, an den Kragen gehen sollte (mit dem Mohammedanertum hatte man dagegen einige Schnittmengen). Es war schließlich, wie Dahrendorf sagte, die (sattsam bekannte und noch heute von Sozialisten bemühte) „Moderne“, die 1933 in Deutschland ihren Einzug gefeiert hatte, während die Rechte, die „Reaktion“ am 20. Juli 1944 das so linke „Rad der Geschichte“ zurückdrehen wollte. Was der Amerikaner Allan Bloom seinerzeit über Rechte sagte, ist aktueller denn je: Alle großen Europäer seien immer rechts gestanden. Das trifft selbst auf Freud zu. Marx, so Bloom weiter, war ein verhängnisvoller, aber kein „großer Europäer“. Die Tatsache, daß 34 Jahre nach seinem Tod ein Sechstel der Erde seiner Ideologie untertan gemacht werden konnte, besage gar nichts. Je dümmer eine populistische Theorie, desto rascher ihr Sieg. Das Christentum brauchte immerhin nicht 34, sondern 300 Jahre, um in einem großen Sektor der Ökumene zu triumphieren. So viel zu Ihrer gewollt desinformierenden Phrase von den „rechtsradikalen Einpeitschern“.

Wie Joachim Fest in einem Interview („**Ist Reich-Ranicki noch bei Trost?**“, *Spiegel* v. 20.06.2005) zu Protokoll gab, hatten die Linken an ihrem gescheiterten Glaubensbruder Hitler aus nachvollziehbaren Gründen zunächst kein Interesse. „*Spiegel*“ fragte noch extra nach: „Sie sprechen den 68ern das Interesse an der NS-Vergangenheit ab?“, worauf Fest antwortete: „Deren Interesse wurde erst geweckt, als sie erkannten, daß sich die Nazi-Zeit instrumentalisieren ließ, um Angehörige der älteren Generation aus ihren Posten zu drängen.“ „Instrumentalisieren“ – das Wort zergeht in dem Zusammenhang auf der Zunge!

Womit wir zum Titel Ihres Pamphlets kommen: „Warum wir gegen grölende Wutbürger kämpfen müssen.“ Typisch links, wird eine Behauptung ohne Begründung in den Raum gestellt! Wo steht geschrieben, daß eine Opposition, nichts anderes sind die so genannten „Wutbürger“ (die „Gröler“ verorte ich eher links, z. B. bei der sich heute Antifa nennenden SA) „bekämpft“ werden muß? Zumal von „enthemmt (linken) Einpeitschern“? Richtig: In den Programmen von NSDAP, SED und heute in dem der Inter-Nationalsozialisten. „Zivilen Konsens der Demokratie“ gibt es nur dahingehend, daß man sich mit Argumenten *auseinander setzt*, nicht mit – wie hier dargelegt – bewußter Verblödung der Leser bis hin zur ordinären Lüge (so viel zum „Ethos“!). Den „zivilen Konsens“, den Sie meinen, gab und gibt es nur in Diktaturen, so z. B. der KPdSU, der NSDAP, der SED, den Maoisten in China und Kambodscha, der Partei der Arbeit in Nordkorea und der Partido Comunista de Cuba (PPC). Ersichtlich alles Linke.

Darum „fremdeln“ wahre Demokraten auch so mit deutscher Politik und Lügenpresse:

„Von der deutschen Politik ist Köppel fasziniert, doch bleibt sie ihm auch fremd. Als die frisch gewählte Kanzlerin sagte, daß Vertrauen in die Politik in der Demokratie essentiell sei, entgegnete Köppel ihr beim Abendessen: „Verzeihung Frau Merkel, aber Demokratie lebt vom Mißtrauen, sie ist die Staatsform des institutionalisierten Mißtrauens gegen den Staat und die Politiker.“ Merkel habe ihn „komisch angeschaut wie einen, der gerade von den Schweizer Bergen herabgestiegen ist“ (Auf Angriff gebürstet, FAZ v. 19.01. 2012, v. Philip Plickert).

Für den „zivilen Konsens“ standen früher, vor den Alt- und Blockparteien, noch politische Urgesteine wie Herbert Wehner und Franz-Josef Strauß, er änderte sich mit der naziaffinen⁴ Brandt-SPD, die nur die „Anständigen“ wählten!

Die „Wutbürger“, die Sie und Ihresgleichen „bekämpfen“, wollen zurück „auf den Boden trockener, spröder, notfalls langweiliger bürgerlicher Vernunft und ihren Tugenden“, aussteigen aus dem „bunt geschmückten Narrenschiff Utpoia“ mit grünen und roten „Faschingskommandanten“, vor dem Franz-Josef Strauß schon am 7. Oktober 1986, dem vorletzten Geburtstag der untergegangenen DDR, warnte:

„Wenn diese Bundesrepublik Deutschland einen fundamentalen Richtungswandel in Richtung rot-grün vollziehen würde, dann wäre unsere Arbeit der letzten vierzig Jahre Jahre umsonst gewesen. Dann wäre das Schicksal der Lebenden ungewiß. Und die kommenden Generationen: ihr Leben würde auf dem Spiel stehen. Das ist es, was wir unseren Wählern sagen müssen. Und das geht weit über die kleinlichen Mäkeleien hinaus; in der Steuerpolitik, in der Finanzpolitik, in der Umweltschutzpolitik, und in welchen politischen Bereichen auch immer.

Wir stehen doch vor der Entscheidung: bleiben wir auf dem Boden trockener, spröder, notfalls langweiliger bürgerlicher Vernunft und ihrer Tugenden? Oder steigen wir in das bunt geschmückte Narrenschiff Utopia ein, in dem dann ein Grüner und zwei Rote die Rolle der Faschingskommandanten übernehmen würden?“

⁴ „Das sozialistische Element im Nationalsozialismus, im Denken seiner Gefolgsleute, das subjektiv Revolutionäre an der Basis, muß von uns erkannt werden“, meinte Herbert Frahm, der spätere Willy Brandt, ehemaliger SPD-Vorsitzender und Bundeskanzler!

Viele dieser bunten „Faschingskommandanten“ entstammen der untergegangenen DDR und meinen in der Invasionsfrage Unmengen an Geisterfahrern zu sehen, kommen nicht auf die Idee, selbst die Geisterfahrer zu sein!

Angesichts der deutschen Geschichte, insbesondere auf deutsche „Eliten“ bezogen, schrieb John le Carré 1983 in seinem Roman „Die Libelle“ folgende Worte, die jedem, der noch selbst seine Schnürsenkel binden kann, zu denken geben sollten:

„Im nächsten Leben werde ich Jude oder Spanier oder Eskimo oder ein radikaler Anarchist wie alle Welt auch. Bloß nicht Deutscher – das tut man nur einmal, aus Buße, aber damit hat sich's.“

Nur alle Kollektivistinnen machen weiter wie bisher, sehen im Blöken mit der Herde „Zivilcourage“, wie den Geisterfahrern fällt ihnen nicht auf, daß warnende Stimmen, wie schon von 1933 bis 1945 und von 1949 bis 1989 immer mutige Einzelstimmen waren, die sich gegen das Kollektiv erhoben. Wie in allen Diktaturen, sind die Medien nicht mehr die Vierte Gewalt im Staat, sondern Teil des „Systems“ und damit des Problems. Immer waren und sind es sozialistische Diktaturen, die sich, wie in Ihrem Fall, inzwischen so konditioniert haben, daß sie kein Thema mehr ohne ihre gesinnungsjournalistische Brühe abhandeln können. Darüber hinaus sind sie so vernagelt, daß sie gar nicht merken, mit dieser volkspädagogischen Dauerbelehrung immer mehr Lesern übel aufstoßen. Daß immer mehr Sendungen des Staatsfernsehen nach wenigen Takten abgeschaltet werden und immer mehr Zeitungen, so sie denn überhaupt noch gekauft werden, fast ungelesen im Müll landen (wo sie hingehören). Es ist dieser schrecklich lar moyante Kleber-Duktus, der fast die ganze Zunft befallen hat und – ohne es selbst zu merken – AfD und Pegida in die Karten spielt. Die „Wutbürger“ sind die Dauer-Indoktrinationsschleife leid, glauben nicht mehr an den Endsieg, während die russischen Panzer 100 m vom Führerbunker entfernt stehen. Es wird zunehmend leerer um Sie herum, nur noch die letzten linken Dorftrottel glauben Ihnen!

Von Antworten auf gestellte Fragen gehe ich nicht aus, liebe mich aber gerne eines Besseren belehren. Richtigstellungen verlange ich mangels Rechtsschutzinteresse keine. Allerdings wird dieses Schreiben breit publiziert und dem Presserat als Beschwerde vorgelegt.

Mit allerwertesten Grüßen



- > Visa
- > Paßentzug | Paßversagung
- > Heiraten | Lebenshilfe
- > Heiraten im Ausland
- > Rechtsberatungen
- > Übersetzungen
- > and more ...

Büro Gattermann
วิชา | หนังสือเดินทาง | สิทธิ



**Uwe Gattermann & Usa Gattermann, 320/4 Mo 10, A. Seka, Buengkhan 38150 – THAILAND -
☎ 0066 – 930817923 📠 0861 – 9005999 88 Mail: GaGa.2500@gmx.de**

TELEFAX

Fax-Nr.: 030 - 36700720

Firma

Deutscher Presserat
Fritschestraße 27/28

► **Beschwerde / Die Welt**
TH – Seka, den 17.03.2016

FRoG – 10585 Berlin

Mein Zeichen (เข้าสู่ระบบของฉัน):

จดุพร จิระสถิตย์

Jatuporn Jesalatet

Ihr Zeichen (ตัวละครของเธอ):

Ihre Mail v. 14.03.2016

Sehr geehrter Herr Portack!

Vielen Dank für Ihre Mail, deren Beginn mich an Worte meines Vaters, der als Lehrer und Begründer der Arbeitslehre in Deutschland auch zu Ihrer Bildung beitrug, erinnerte: „Der Esel nennt sich immer zuerst“, pflegte er zu sagen, wenn ich Schreiben an Andere mit „ich“ einleitete. Damals war ich noch Volksschüler!

Soviel zum Thema „bürgerliche Formen zu wahren ist keine Petitesse“, Ihres Kollegen.

Ist es nur dieser fast durchgängig oberlehrerhafte Duktus deutscher Journallie oder schlicht eine so heruntergekommene linke „Bildung“, die uns in Holzfäller-Manier gegenüber tritt, weismachen will, Männer und Frauen seien gleich und ohnehin gebe es kein Geschlecht, schließlich sei männliches bzw. weibliches Verhalten „ansozialisiert“, niemals genetisch bedingt; deren Deutsch so herunter gekommen ist, daß sie uns zwei gleiche Sachen oder Personen – etwa zwei Schwule oder zwei linke Schuhe – zwar voll Inbrunst, dafür befreit von Argumenten, als „Paar“ unterzujubeln versuchen? Wie auch immer, „Wutbürger“ wie ich wollen aus den „Höhen“ sozialistischer „Moderne“ herabgestiegen in die „reaktionären“ Tiefen „trockener, spröder, notfalls langweiliger bürgerlicher Vernunft und ihren Tugenden“ (Franz-Josef Strauß).

Wie schon im Beschwerdeschreiben vom 13.03.2016 ausgeführt, bemängele ich vornehmlich die Lügen der Lügenpresse, lege als dieser ausgesetzter Informationsjäger ausdrücklich Wert auf „wahrhafte Unterrichtung der Öffentlichkeit“ sowohl in den Berichten wie auch der „Wahlkampfberichterstattung“ und verwies insofern ausdrücklich auf Richtlinie 1.2 des Pressekodex und weitere. Nicht ganz klar ist mir nach Lektüre Ihrer Mail, ob Sie nun von mir erwarten, vorzutragen, Absatz xy des Artikels verstößt gegen folgende Richtlinien?! War das gemeint? Als Jurist habe ich zu subsumieren gelernt und setze diese Befähigung auch bei einem Journalisten voraus (nicht nur, weil die uns auch gern Gesetze und Gerichtsentscheidungen erklären). Bei der Subsumtion stellt man den Sachverhalt unter die betreffende Norm und sucht nach vorhandenen oder nicht vorhandenen Tatbeständen (Tatbestandlichkeit).

Wenn Herzinger in seinem Artikel behauptet, die Motivation der damaligen Demonstranten zu kennen, obwohl er weder sie selbst, noch ihre Motivation oder gar Vorstellungen kannte oder kennt, das Unterstellte dann sogar noch diametral zur Lage der DDR (kein Einwanderungsland) wie deren „Verfassungsrecht“ steht, dann verbreitet er Lügen, schneidet auf, verkauft seine Leser für dämlich – kann man je nach Naturell einordnen. Daß es sich bei solcher Vorgehensweise um keinen „Ausrutscher“ handelt, das vielmehr System hat, sollte spätestens nach der Nummer des Prantlers von der „*Alpen Prawda*“ zum Gemeingut gehören, der bekanntlich das Märchen verbreitete, mit und bei Voßkuhle gekocht zu haben, dann hat das – zurückhaltend ausgedrückt – mit Wahrhaftigkeit nichts zu tun, Verarschung träfe es besser. Vor allem verstoßen solche Verhaltensweisen weiterhin eklatant gegen die Sorgfaltspflichten bei der Recherche der Ziffer 2 des Pressekodex („unverzichtbares Instrument journalistischer Sorgfalt“). Hinzufügen möchte ich noch Ziffer 9 des Pressekodex, wonach es der journalistischen Ethik widerspricht, mit unangemessenen Darstellungen in Wort und Bild Menschen in ihrer Ehre zu verletzen, wobei das Recht nicht nur das einzelne Rechtssubjekt (sozialistisch: „Mensch“) schützt, sondern auch Kollektive!

Voraussetzung einer Kollektivbeleidigung oder Kollektivschmähung ist, daß es sich bei diesem Kollektiv um einen verhältnismäßig kleinen, hinsichtlich der Individualität seiner Mitglieder überschaubaren Kreis handelt, er sich somit nicht „in der Unbestimmbarkeit verliert“ (KG JR 78, 423; vgl. aber auch Düsseldorf MDR 81, 868). Das ist im Hinblick auf die Anhänger- und Wählerschaft der AfD einschlägig, da diese ca. 2 Mio. Personen sich – wie ich – öffentlich zu dieser Partei bekennen gegenüber 68.168.489 Stimmberechtigten (Bundeswahlleiter 2013).

Als Jurist kenne ich zunächst unterschiedliche Rechtsschulen (Kausalisten, Finalisten usw.), dann drei Meinungen: Ständige Rechtsprechung, herrschende und abweichende Meinung. Auf der Ebene sind wir gesittete, wissenschaftliche Auseinandersetzungen gewohnt und haben daran auch viel fachliche Freude (Meinung, Gegenmeinung). Genau dieses Level erwarte ich von Medien, die sich zur Aufgabe gemacht haben, die Vierte Macht im Staate zu sein und kein sozialistischer „*Stürmer*“.

Ein so niederträchtiges Machwerk war heute wieder in der „*Frankfurter Allgemeinen*“ unter der Überschrift „**Der rechte Haken ging ins Leere**“ zu lesen, Rubrik „TV-Kritik“, von Hans Hütt, zur Maischberger-Quasselrunde:

„Strunz darf die Runde eröffnen. Daß Merkel ihren Kurs beibehält, versteht er als nächste Eskalation der Politikverdrossenheit. Die Haltung Merkels nötigt ihm aber auch Respekt ab, wenngleich er nicht versteht, warum die das Signal der Wahlergebnisse nicht aufgreift. Peter Hintze sieht wenig Sinn darin, Politik als Fähnchen im Winde zu betreiben.“

Wie u. a. die Tatsache beweist, daß der Antritt der AfD viele Nichtwähler an die oft als Wahlurne gebrauchte Mülltonne trieb (was schon viel über die Gewichtung von Wählers Meinung sagt), dann ist das keine „Politikverdrossenheit“, sondern schlicht „Politikerverdrossenheit“ (im Grunde auch keine neue Erkenntnis, wie schon ein fast 25 Jahre alter „*Spiegel*“-Artikel vom 15.03.1993, S. 33 ff., „**Die haben uns einfach satt**“) beweist (zur Lektüre empfohlen). Ob Strunz Merkels „Haltung“ Respekt abnötigt oder „Kritiker“ Hütt das jetzt einfach nur behauptete, kann ich erst morgen sagen, da ich mir die Sendung heute Nacht antun werde. Auf jeden Fall hätte ein kritischer Journalist darin eher Borniertheit oder Altersstarrsinn erkannt, immerhin entscheiden in einer Demokratie keine absolutistischen Minderheiten, sondern Mehrheiten. Gleiches gilt bezüglich des Pfaffen Hintze.

„AfD-Frau Weidel ‚versteht das Sofa nicht‘, damit meint sie offenbar Peter Hintze. Ihr Lieblingswort ist ‚letztendlich‘, was sie dazu prädestiniert, in der Programmkommission ihrer Partei zu sitzen. Sie behauptet, frei von jeder Empirie, daß die Bundesregierung ohne Mandat handele und die Flüchtlingskrise durch Verletzung europäischen Rechts erst ausgelöst habe. Jedenfalls scheint Frau Merkel nicht darauf angewiesen zu sein, sich von ihm die Wahlergebnisse erklären zu lassen. Die Behauptung, es gebe in der Flüchtlingspolitik ein Parteien-Kartell, bedient sich irreführend eines ordnungspolitischen Begriffs und verleiht mit diesem Trick der AfD eine Legitimität, die sie nicht verdient.“

„*Stürmer*“ pur! Satz eins bedarf keines Kommentars, er demaskiert den Schmierfinken von allein. Aber dem „*Stürmer*“ als nationalsozialistisches Traktat kam es bekanntlich nicht auf „Wahrhaftigkeit“ an, sondern auf Stimmungsmache, also Schmähkritik für die gemeinsame sozialistische Sache. Wie allen Dschurnalisten der Lügenpresse auch. Um Rechtsbrüche festzustellen, brauche ich keine „Empirie“, sondern subsumiere einfach die Tatsachen unter die einschlägige Norm, hier insbesondere § 96 ZuwanderungsG („Einschleusen von Ausländern“). Selbst dem „*Stürmer*“-Dschurnalisten dürfte nicht entgangen sein, daß viele namhafte Staatsrechtler, u. a. Udo di Fabio, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, die Rechtswidrigkeit des Handelns von Makel und Konsorten längst festgestellt haben. Das mit dem „Parteien-Kartell“ würde ich auch nicht unbedingt so sehen, wir Kritiker nennen die Altparteien nicht von ungefähr treffender „Blockpartei“ (darin kennt sich IM Erika bekanntlich aus). Abgesehen davon, daß der „*Stürmer*“-Dschurnalist übersieht, daß man sich Legitimität nicht „verdient“, sondern sie hat oder nicht hat (was bei ihm zutrifft), vergaß er – typisch Linker – Gründe für die herbeiphantasierte Illegimität zu benennen.

Ich könnte aus dem Traktat noch viele Beispiele zitieren, was ihm aber unverdiente Aufmerksamkeit bescheren würde. Jedenfalls steht es stellvertretend für das hier angefochtene Herzinger-Pamphlet und die Lügenpresse insgesamt. Sieht so die Wahrnehmung der publizistischen Aufgabe fair, nach bestem Wissen und Gewissen, unbeeinflußt von persönlichen Interessen und sachfremden Beweggründen aus?!

Schon die Präambel des Pressekodex in der Fassung vom 11.03.2105 stellt diesem voran:

„Die im Grundgesetz der Bundesrepublik verbürgte Pressefreiheit schließt die Unabhängigkeit und Freiheit der Information, der Meinungsäußerung und der Kritik ein. Verleger, Herausgeber und Journalisten müssen sich bei ihrer Arbeit der Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit und ihrer Verpflichtung für das Ansehen der Presse bewußt sein. Sie nehmen ihre publizistische Aufgabe fair, nach bestem Wissen und Gewissen, unbeeinflußt von persönlichen Interessen, und sachfremden Beweggründen wahr.“

Ein letzter Hinweis: Sollten Sie ernsthaft darauf bestehen, daß ich mein Schreiben an Herzinger nun in Absätze zergliedere und diese unter die verletzten Normen des Pressekodex stelle,

Sie meine Beschwerde also aus formalen Gründen nicht annehmen, verwerfen oder was auch immer, werde ich das natürlich nicht so hinnehmen! Vielmehr werde ich eine Feststellungsklage (negative oder positive) gemäß § 256 ZPO erheben! Als Klägervertreter muß ich meinen Anspruchsgrund dartun und belegen, ohne das Ganze in der von Ihnen genannten Form zu zerlegen, das angerufene Gericht subsumiert dann seinerseits den Sachverhalt unter die einschlägigen Normen. Auch ein Staatsanwalt benennt in der deutschen Rechtsordnung lediglich die jeweils einschlägigen Normen und schreibt darunter die Gründe – die in Umfangssachen viele hundert Seiten umfassen können, ohne das in der genannten Form zu zerfleddern. Das Gericht subsumiert selbsttätig und verfährt in seiner Urteilsbegründung ebenso. Lediglich in der Revision, wo es um die Verletzung des Gesetzes und dem Beruhen des Urteils auf dieser Gesetzesverletzung geht (vgl. z. B. § 337 StPO) kann es angezeigt sein, *ähnlich* zu verfahren!

Bitte informieren Sie mich über die durch Sie veranlaßten Maßnahmen.

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Gattermann